Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPD-Ratsfraktion Lüdenscheid

Lüdenscheid, den 04. November 2026

An die Vorsitzende des Ausschusses für
Soziales, Senioren und Demografie (ASD)
RF Heide-Marie Skorupa

Weiterentwicklung der Obdachlosenhilfe
Anfrage für die Sitzung des ASD am 10.11.2026

Sehr geehrte Frau Skorupa, liebe Heidi,

die SPD-Fraktion beantragt, im Ausschuss für Soziales, Senioren und Demografie unter einen Sachstandsbericht der Verwaltung zur Weiterentwicklung der Obdachlosenhilfe zu geben.

Mit der zum 1. Februar 2026 erfolgten Neuorganisation des Fachdienstes Soziale Hilfen, Integration und Wohnungswesen wurden neue organisatorische Voraussetzungen geschaffen, um bestehende Hilfsangebote besser aufeinander abzustimmen und die Unterstützung für Menschen in besonderen sozialen Notlagen weiterzuentwickeln.

Die SPD-Fraktion hatte bereits im Frühjahr 2026 im Rahmen der Beratungen zur Obdachlosenhilfe verschiedene Anregungen zur Verbesserung der Situation eingebracht. Vor dem Hintergrund der damals vorgestellten neuen Verwaltungsstruktur wurde zunächst bewusst darauf verzichtet, weitergehende Beschlüsse zu beantragen, um dem neuen Fachdienst Gelegenheit zu geben, seine Arbeit aufzunehmen und eigene Erfahrungen zu sammeln.

Nach mehreren Monaten erscheint es sinnvoll, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen und gemeinsam mit der Verwaltung über die nächsten Schritte zu beraten.

Der Bericht soll insbesondere folgende Aspekte umfassen:

1. Erfahrungen mit der neuen Verwaltungsstruktur

- Welche Erfahrungen wurden seit der Einrichtung des neuen Fachdienstes gesammelt?
- Welche Verbesserungen haben sich durch die organisatorische Neuaufstellung bei der Beratung, Betreuung und Unterbringung obdachloser Menschen ergeben?

- Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Verwaltungsstellen, insbesondere zwischen sozialer Betreuung und ordnungsrechtlicher Unterbringung?
- Welche Schwierigkeiten und weiteren Handlungsbedarfe wurden bisher festgestellt?

2. Aktuelle Situation und bestehende Hilfsangebote

- Wie stellt sich die aktuelle Situation der Obdachlosigkeit in Lüdenscheid dar?
- Welche Erfahrungen wurden mit der Nutzung der bestehenden Unterkünfte und Beratungsangebote gemacht?
- Werden mit den bestehenden Angeboten auch diejenigen Menschen erreicht, die bisher keine reguläre Unterkunft in Anspruch nehmen?
- Wo bestehen aus Sicht der Verwaltung noch Versorgungslücken?

3. Niedrigschwellige Anlaufstelle und Grundversorgung

Die SPD-Fraktion hatte bereits im Frühjahr die Prüfung einer zentralen, niedrigschwelligen Anlaufstelle für obdachlose Menschen angeregt.

Die Verwaltung wird gebeten darzustellen, ob hierzu bereits Überlegungen oder Prüfungen erfolgt sind und welche Möglichkeiten gesehen werden, insbesondere folgende Angebote zu verbessern:

- Aufenthaltsmöglichkeiten und Schutz vor Witterungseinflüssen;
- Zugang zu Toiletten, Wasch- und Duschmöglichkeiten;
- niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote;
- Vermittlung in geeignete Übernachtungs- und Unterbringungsmöglichkeiten.

Dabei soll insbesondere dargestellt werden, inwieweit bestehende Einrichtungen und Angebote freier Träger genutzt oder weiterentwickelt werden können.

4. Aufsuchende Sozialarbeit und Zusammenarbeit mit freien Trägern

Die Verwaltung wird gebeten, über den Stand der aufsuchenden Sozialarbeit für obdachlose Menschen zu berichten.

Dabei soll insbesondere dargestellt werden:

- Welche personellen Kapazitäten stehen gegenwärtig zur Verfügung?
- Wie werden Menschen erreicht, die vorhandene Hilfsangebote nicht in Anspruch nehmen?
- Welche Erfahrungen bestehen in der Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden, sozialen Einrichtungen und ehrenamtlichen Initiativen?
- Ist eine personelle oder organisatorische Weiterentwicklung der Streetwork-Angebote vorgesehen?

5. Winterhilfe und kurzfristige Schutzmöglichkeiten

Mit Blick auf die bevorstehenden Wintermonate wird die Verwaltung gebeten darzustellen, wie die Versorgung und Unterbringung obdachloser Menschen bei niedrigen Temperaturen sichergestellt werden soll.

Insbesondere soll berichtet werden, welche kurzfristigen Aufenthalts- und

Schutzmöglichkeiten vorhanden sind, wie diese erreichbar sind und ob zusätzliche Maßnahmen für den Winter 2026/2027 geplant werden.

6. Vermeidung von Wohnungslosigkeit und dauerhafte Wohnperspektiven

Die Verwaltung wird gebeten darzustellen, welche Maßnahmen zur Vermeidung drohender Wohnungslosigkeit und zur Vermittlung obdachloser Menschen in dauerhaften Wohnraum bereits bestehen oder entwickelt werden.

Dabei soll auch auf die Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen und freien Trägern sowie auf mögliche Ansätze nach dem Prinzip „Housing First“ eingegangen werden.

7. Weitere Planung und nächste Schritte

Abschließend wird die Verwaltung gebeten darzustellen,

- welche konkreten Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Obdachlosenhilfe bereits geplant sind;
- welche zeitlichen Perspektiven für deren Umsetzung bestehen;
- welche zusätzlichen personellen, räumlichen oder finanziellen Ressourcen hierfür gegebenenfalls benötigt werden;
- bei welchen Fragen aus Sicht der Verwaltung politische Entscheidungen des Ausschusses beziehungsweise des Rates erforderlich sind.

Die SPD-Fraktion bittet darum, die wesentlichen Erkenntnisse bereits in der kommenden Ausschusssitzung mündlich vorzustellen und die noch offenen Punkte in einer der nächsten Sitzungen schriftlich zu beantworten.

Begründung

Die Unterstützung obdachloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen ist eine wichtige soziale und kommunale Aufgabe. Dabei geht es nicht allein um die Bereitstellung von Unterbringungsplätzen, sondern ebenso um menschenwürdige Lebensbedingungen, soziale Beratung, niedrigschwellige Hilfen und langfristige Perspektiven.

Die SPD-Fraktion begrüßt, dass mit der Neuorganisation des Fachdienstes Soziale Hilfen, Integration und Wohnungswesen die Voraussetzungen geschaffen wurden, bestehende Angebote stärker zu verknüpfen und die Unterstützung betroffener Menschen weiterzuentwickeln.

In den Beratungen des Sozialausschusses im Frühjahr 2026 wurde deutlich, dass die Situation obdachloser Menschen differenziert betrachtet werden muss. Auch wenn grundsätzlich Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden sind, werden nicht alle betroffenen Menschen durch die bestehenden Angebote gleichermaßen erreicht.

Vor diesem Hintergrund hatte die SPD-Fraktion bereits verschiedene Anregungen eingebracht, darunter insbesondere die Prüfung einer niedrigschwelligen Anlaufstelle mit sanitären Einrichtungen und einfachen Schutzmöglichkeiten.

Die SPD-Fraktion hatte sich seinerzeit bewusst dafür entschieden, dem neu aufgestellten Fachdienst zunächst die Möglichkeit zu geben, seine Arbeit weiterzuentwickeln und eigene Lösungsansätze zu erarbeiten.

Nunmehr soll mit dem beantragten Sachstandsbericht nachvollzogen werden, welche Erfahrungen bisher gesammelt wurden, welche Verbesserungen bereits erreicht werden konnten und welche weiteren Schritte vorgesehen sind.

Die anstehenden Beratungen zu den städtischen Unterkünften bieten einen geeigneten Anlass, neben den rechtlichen und organisatorischen Fragen der Unterbringung auch die sozialpolitischen Perspektiven der Obdachlosenhilfe in den Blick zu nehmen. Dabei sind die Unterbringung geflüchteter Menschen und die Unterstützung obdachloser Menschen entsprechend ihren jeweiligen rechtlichen und tatsächlichen Anforderungen differenziert zu betrachten.

Aus Sicht der SPD-Fraktion ist es wichtig, auf den bereits vorhandenen Strukturen und der Arbeit der Verwaltung sowie der Wohlfahrtsverbände aufzubauen. Ziel ist es, gemeinsam tragfähige und bedarfsgerechte Lösungen zu entwickeln. Auf der Grundlage des Berichtes der Verwaltung soll beraten werden, welche Maßnahmen sinnvoll, erforderlich und realistisch umsetzbar sind.

Die SPD-Fraktion verfolgt damit das Ziel, die Obdachlosenhilfe in Lüdenscheid gemeinsam mit der Verwaltung und den sozialen Trägern Schritt für Schritt so weiterzuentwickeln und sicherzustellen, dass Menschen in besonderen Notlagen die Unterstützung erhalten, die sie benötigen.

Mit freundlichen Grüßen

Jens Voß
Fraktionsvorsitzender

Fraktionsvorsitzender Jens Voß, Vusmecke 7, 58513 Lüdenscheid - Mobil: 0170 / 81 83 268
Konto der SPD-Fraktion Lüdenscheid: IBAN: DE28 4585 0005 0000 0003 64